Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 25. Oktober 2017, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 10/2017

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße
Ratsmitglied Irina Moriße-Kappes

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation Jens Müll
Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak
Leitung Referat 6 - Referat für Jugend, Familie, Sport und Bildung Carsten Feist
Fachbereichsleitung 14 Heike Hansemann
Fachbereichsleitung Finanzen Jörg Valnion
Fachbereich 20 Jan Hülsemann
Fachbereich 20 Torben Müller
Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst
Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers
Protokollführerin Bianka Götz

Sonstige

Dr. Stephan Huck – Geschäftsführer Deutsches Marinemuseum

Es fehlten entschuldigt

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Ratsmitglied Sebastian Seidel
Ratsmitglied Florian Wiese

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 14

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 15

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.06.2017	
4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1.1	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) 2016 sowie die Entlastung der Betriebsleitung	**276/2017**
6.1.2	Anwendung der GemHKVO bis zum 31.12.2018 gem. § 63 Abs. 1 KomHKVO bei dem Eigenbetrieb GGS	**319/2017**
6.1.3	Wirtschaftsplan GGS 2018	**274/2017**
6.2.1	Wirtschaftsplan TBW 2018	**290/2017**
6.3.1	Nachbewilligungen zum Haushalt 2017	**298/2017**
6.3.2	Wirtschaftsplan 2018 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH	**252/2017**
6.3.3	Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	**257/2017**
6.3.4	Wirtschaftsplan 2018 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH	**259/2017**
6.3.5	Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung)	**299/2017**
6.3.6	2. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven	**295/2017**
6.4.1	Antrag der Gruppe GUS: Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf den Schulwegen	**539/2017**
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8.1	Antrag SPD-Fraktion: Überarbeitung Tourismuskonzept Wilhelmshaven 2022	**546/2017**
9.1	Anfrage Ratsherr Lang (Freie Wähler) zum Thema Rathausplatzmarkt	**544/2017**
9.2	Anfrage Ratsherr Lang (Freie Wähler) zum Wilhelms Outlet Fördermittel	**545/2017**
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfassung fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Becker informierte, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag 546/2017 „Überarbeitung Tourismuskonzept Wilhelmshaven 2022“ (Tagesordnungspunkt 8.1) zurückgezogen habe. Zudem wurde die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den TOP 6.1.2 Anwendung der GemHKVO bis zum 31.12.2018 gem. § 63 Abs. 1 KomHKVO bei dem Eigenbetrieb GGS (Vorl.-Nr. 319/2017) ergänzt. Der nachfolgende TOP verschiebe sich entsprechend.

Die Tagesordnung wurde in der soeben geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.06.2017

Beschluss: - einstimmig zugestimmt bei 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme von Frau Weinstock und Herrn von den Berg -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.06.2017 wird genehmigt.

Vor Einstieg in die weitere Tagesordnung informierte **Oberbürgermeister Wagner**, dass er Herrn Dr. Stephan Huck, Geschäftsführer des Deutschen Marinemuseums, gebeten habe, den Ratsmitgliedern einige Informationen zum geplanten Stelenweg zu geben. Dieser informiere über die historischen Ereignisse des Matrosenaufstandes 1918 in Wilhelmshaven. Es bestehen Überlegungen, zusätzlich zur Sonderausstellung im Deutschen Marinemuseum im Stadtraum an 10 Orten Informationsstelen anzubringen, die Passanten über die Geschehnisse am Ende des Ersten Weltkriegs informieren. Die Installation bleibe über das Gedenkjahr 2018 hinaus erhalten.

Im Gegensatz zur Sonderausstellung strebe das Deutsche Marinemuseum hier eine Finanzierung durch die Stadt an. Hierfür seien in der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 Mittel in Höhe von 50.000 € bereitgestellt worden, über die der Rat unter TOP 6.3.6 zu entscheiden habe. Er halte es für wichtig, dass den Ratsmitgliedern vorab die entsprechenden Informationen gegeben würden.

Es erhob sich kein Widerspruch, den Vortrag an den Beginn der Tagesordnung zu stellen.

Herr Dr. Huck informierte anhand einer Präsentation ausführlich über den geplanten Stelenweg und die damit verbundenen Kosten.

4 Aktuelle Stunde

Anträge zur Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

6.1.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) 2016 sowie die Entlastung der Betriebsleitung **276/2017**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 19.10.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2016 wird gemäß Abschlussprüfung vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresergebnis von 5.396.691,55 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

   Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2016 ist wie folgt zu verwenden:
   1.183.671,11 € Eigenkapitalverzinsung werden an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven abgeführt.

   Der Betrag von 379.905,82 € wird nach § 123 Abs.1 Nr. 1 NKomVG in die ordentliche Rücklage eingestellt, 3.833.114,62 € werden gemäß § 123 Abs.1 Nr. 2 NKomVG der außerordentlichen Rücklage zugeführt.

2. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

6.1.2 Anwendung der GemHKVO bis zum 31.12.2018 gem. § 63 Abs. 1 KomHKVO bei dem Eigenbetrieb GGS **319/2017**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 19.10.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Übergangsregelung gemäß § 63 (1) S. 2 KomHKVO, die §§ 45 (6) und 47 (2) GemHKVO bei dem Eigenbetrieb GGS anzuwenden, wird zugestimmt. Die Übergangsregelung soll zunächst nur für das Jahr 2018 in Anspruch genommen werden.

6.1.3 Wirtschaftsplan GGS 2018 **274/2017**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 19.10.2017 vor.

Frau Weinstock erklärte, dass der Schulausschuss bislang keine Möglichkeit gehabt hätte, sich mit dem Wirtschaftsplan zu befassen, obwohl gerade im Schulbereich umfangreiche Investitionen geplant seien. Sie stelle deshalb den Antrag, die Beschlussvorlage auf den November zu vertagen.

Bei 19 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen wurde der **Antrag angenommen**. Die Beschlussvorlage Nr. 274/2017 wird vertagt und in der Sitzung des Rates am 15.11.2017 beraten.

6.2 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter von den Berg)

6.2.1 Wirtschaftsplan TBW 2018 **290/2017**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 29.09.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut, dass die Gebühren nicht gestiegen seien, und sprach den MitarbeiterInnen und der Geschäftsleitung seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Gleichzeitig bemängelte er den teilweise schlechten Zustand der Grünanlagen und Straßen im Stadtgebiet. Er vertrat die Auffassung, dass bei einem effizienteren Einsatz des Personals die Missstände behoben werden könnten. Eine Aufstockung des Personals halte er für überflüssig.

Herr von den Berg wies den Vorwurf zurück. Mit dem vorhandenen Personal sei die gewünschte Pflege der Grünanlagen nicht möglich. In einer der nächsten Ausschusssitzungen werde man sich deshalb mit dem Personalbestand des Eigenbetriebs befassen.

Herr Jacques sah hier durchaus auch eine Verpflichtung bei den Bürgern. Abschließend brachte er für die **SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag** ein:

„Die SPD-Fraktion beantragt, den Ansatz für Radwege im Wirtschaftsplan von TBW von 200 T€ auf 400 T€ zu verdoppeln.
Begründung: Wilhelmshaven soll eine fahrradfreundliche Stadt werden. 10% des Ansatzes für Straßensanierung sind unter diesem Aspekt nicht ausreichend. Der Ausbau der Kirchreihe und der Bremer Straße zu Fahrradstraßen würden dem Ziel zu einer fahrradfreundlichen Stadt ein deutliches Signal setzen und sollte auf der Prioritätenliste ganz oben stehen."

Herr Hellwig äußerte sich zufrieden mit der Arbeit des Eigenbetriebes und erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV den Vorschlag der SPD auf Erhöhung des Radwegeansatzes unterstütze.

Sowohl **Frau Weinstock** als auch **Herr Walpurgis** erklärten, dass ihre Fraktion bzw. Gruppe für den Änderungsantrag stimmen werden.

Herr Ressel stimmte den Äußerungen von Herrn Dr. von Teichman zu, dass das Personal nicht effizient arbeite. Er halte eine Vergabe an Fremdfirmen für sinnvoll.

Daraufhin forderte **Frau Breuer** ihn auf, der Betriebsleitung konkrete Vorwürfe zu nennen und pauschale Vorwürfe zu unterlassen.

Der **Ratsvorsitzende** ließ über den **SPD-Änderungsantrag** abstimmen.

Bei 31 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen wurde der Änderungsantrag angenommen.

Anschließend ließ der **Ratsvorsitzende** über die nunmehr ergänzte **Beschlussvorlage** abstimmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2018 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **15.873.644 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **16.830.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2018 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

6.3 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

6.3.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2017 **298/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.10.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vier vorgelegten Nachbewilligungen in Höhe von insg. 1.670.000 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2017.

6.3.2 Wirtschaftsplan 2018 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH **252/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.10.2017 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut, dass für die Fortentwicklung des Küstenmuseums 50.000 € bereitgestellt wurden. Er begrüßte die Streichung der Mittel für Messeauftritte im Wirtschaftsplan. Zudem appellierte er an GGS, für die Leiterin des Küstenmuseums bessere Arbeitsplatzbedingungen zu schaffen.

Oberbürgermeister Wagner entgegnete, dass er Stadtmarketing durchaus für sinnvoll halte. Die entsprechenden Mittel seien lediglich bis zur Definierung der Maßnahmen aus dem Wirtschaftsplan genommen worden.

Die **Herren Jacques** und **von den Berg** stimmten den Ausführungen des Oberbürgermeisters zu.

Herr Leinert erklärte, dass die WTF das Gebäude des Küstenmuseums vom Eigenbetrieb GGS gemietet habe. Sollte es Mängel geben, sollte man sich direkt an den Vermieter wenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2018 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 4.444.244,00 Euro (Änderung im Vergleich zur Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung) wird zugestimmt.

6.3.3 Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH **257/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.10.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 35.842,00 Euro und einer Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 2.127.704 Euro (bereinigt um den Verlustausgleich 2018) wird zugestimmt.

6.3.4 Wirtschaftsplan 2018 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH **259/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.10.2017 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2018 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird zugestimmt.

6.3.5 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) **299/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.10.2017 vor.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass der Rat 2015 beschlossen hatte, die sukzessive Absenkung der Gewerbesteuer für ein Jahr auszusetzen mit der Maßgabe, den Hebesatz trotzdem bis zum Jahr 2013 auf 400 Prozentpunkte abzusenken, indem für das Jahr 2017 eine Reduzierung um 10 Prozentpunkte erfolge. Die Verwaltung habe den Hebesatz für die Gewerbesteuer der bisherigen Beschlussfassung des Rates entsprechend ab dem 01.01.2018 auf 425 Prozentpunkte gesenkt.

Die Ratsmitglieder zeigten sich über alle Fraktionen hinweg erfreut über diese positive Entwicklung. Man erinnerte daran, dass die seinerzeitige Anhebung der Gewerbesteuer zwingend notwendig gewesen sei, um den Haushalt zu sanieren.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) zum 01.01.2018.

6.3.6 2. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven **295/2017**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 23.10.2017 vor.

Herr Hellwig stellte für die **Gruppe CDU/WBV** folgenden **Änderungsantrag**:

„Die Gruppe CDU/WBV im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt für die heutige Ratssitzung folgende Änderung der Vorlage 295/2017 (Anlage "2. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven", Seite 11, lfd. Nr. 3):
Der pauschale Zuschuss von 30.000 € für die „Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung e.V." (WHV) für die Jahre 2019 bis 2021 wird gestrichen. Für das Jahr 2018 bleibt der Betrag bestehen, die Auszahlung ist davon abhängig zu machen, dass projektbezogene Förderbedarfe für Ansiedlungsvorhaben nachgewiesen werden. Die Nachweise sind im Finanzausschuss vor Auszahlung zur Kenntnis zu geben."

Herr Dr. von Teichman begrüßte den Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV. Die wertvolle Arbeit der WHV bleibe unbestritten, aber es müsse eine Gleichbehandlung anderer Vereine erfolgen.

Im Weiteren stellte er folgenden **Änderungsantrag** für die **FDP-Fraktion**:

„In der Änderungsliste erfolgt die Streichung der Haushaltsmittel zu Nr. 2 - Intensivierung Key-Account-Management."

Den bereits zugeschickten Änderungsantrag zum JadeWeserPort-Infocenter ziehe seine Fraktion zurück.

Der **Ratsvorsitzende** ließ zunächst über den **Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV** abstimmen.

Bei 31 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen wurde dem **Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.**

Im Weiteren ließ der **Ratsvorsitzende** über den **FDP-Änderungsantrag** abstimmen.

Bei 25 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen und 3 Ja-Stimmen wurde der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend wurde die **geänderte** Nachtragssatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven beschlossen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven in geänderter Form.

6.4 Schulausschuss (Ratsfrau Weinstock)

6.4.1 Antrag der Gruppe GUS: Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf den Schulwegen **539/2017**

Frau Weinstock trug den Antrag der Gruppe GUS vor.

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf Schulwegen und um die Schulen herum verbessert werden kann. Die Eltern- und Lehrervertretungen sind in die Gespräche mit einzubeziehen. Unter anderem ist darauf hinzuwirken, dass die Anzahl der ,,Elterntaxis" bis direkt vor die Schule verringert wird.

Dafür sind zu prüfen:

- *die Verbesserung von pädagogischen und Informationsangeboten im Rahmen der Verkehrserziehung in Kooperation mit der Polizei;*
- *die Schaffung von sicheren Räumen um Schulen herum, in denen motorisierter Individualverkehr, sowie das Parken und Halten zu Gunsten der Verkehrssicherheit eingeschränkt ist;*
- *die Ermöglichung alternativer Haltebereiche (Kiss and Ride) in angemessener Sicherheitsdistanz zur Schule;*
- *die Anpassung der Geschwindigkeitsregulierung und ihre Überwachung;*
- *die Verbesserung der Bewerbung von alternativen Beförderungsoptionen wie Fuß, Rad und Bus an den Schulen, insbesondere für die Zielgruppe Eltern.*

In einem ersten Schritt sind in diesem Prozess die Grundschulen einzubeziehen, danach sind die weiterführenden Schulen zu berücksichtigen. Vergleichbares gilt für die Verkehrssicherheit an und um Kindertagesstätten.

Begründung:
Die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern ist ein wichtiges Thema, dass Eltern, Lehrer und Verwaltung engagiert vertreten. Allerdings sind nach Ansicht von Verkehrsexperten, der Polizei und auch des ADAC und der Verkehrswacht individuelle Lösungen des Schulwegtransports häufig Teil des Problems. Sein Kind in die Schule zu fahren ist gefährlicher, als es selbst gehen zu lassen." Eine wissenschaftliche Studie im Auftrag des ADAC zeigt: Auch die Kinder vor der Schule sind in Gefahr, wenn Eltern ihre Kleinen bis vor die Schultüre fahren. Dass aus gut gemeinten Absichten vieler Eltern oftmals unkalkulierbare Sicherheitsrisiken für Schulkinder entstehen, zeigt ... Studie der Bergischen Universität Wuppertal. Laut Statistischem Bundesamt kamen allein im Jahr 2015 10.363 Kinder unter 15 Jahren im Auto ihrer Eltern zu Schaden — deutlich mehr als Kinder, die zu Fuß unterwegs waren.
Die Studie zeigt, wie die konkrete Gefährdungssituation vor Grundschulen aussieht: Hier gefährdeten in vielen Fällen Eltern durch regelwidriges Anhalten oder riskante Wendemanöver die Sicherheit anderer Schulkinder und Verkehrsteilnehmer teils massiv. Die „Elterntaxi"-Studie beklagt zudem als weiteren negativen Nebeneffekt, dass durch regelmäßige Hol- und Bringdienste die selbständige Mobilität von Schulkindern immer mehr verloren geht. http://www.adac.de/infotestrat/adac-im-einsatz/motorwelt/elterntaxi.aspx
Mediziner und Pädagogen raten grundsätzlich dazu, die Kinder zu Fuß eigener Verkehrskompetenz durch Nutzung eigener Potenziale zu befördern oder in späteren Jahren auch mit dem Rad zur Schule zu schicken, um dem Bewegungsmangel vorzubeugen und die Entwicklung eigener Verkehrskompetenz durch Nutzung eigner Potenziale zu fördern."

Frau Stomberg bat um Zustimmung für den Antrag der Gruppe GUS, um die unzumutbaren Zustände vor den Schulen und damit die Verkehrssicherheit für die SchülerInnen zu verbessern. Es müsse schnellstens etwas geschehen, damit es nicht zu schweren Unfällen komme.

Herr Hellwig unterstützte den Antrag. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Dies sei man der Sicherheit der SchülerInnen schuldig.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Verkehrssicherheit für die SchülerInnen auf Schulwegen und um die Schulen herum verbessert werden kann. Die Eltern- und Lehrervertretungen sind in die Gespräche mit einzubeziehen. Unter anderem ist darauf hinzuwirken, dass die Anzahl der ,,Elterntaxis" bis direkt vor die Schule verringert wird.

Dafür sind zu prüfen:

- die Verbesserung von pädagogischen und Informationsangeboten im Rahmen der Verkehrserziehung in Kooperation mit der Polizei;
- die Schaffung von sicheren Räumen um Schulen herum, in denen motorisierter Individualverkehr, sowie das Parken und Halten zu Gunsten der Verkehrssicherheit eingeschränkt ist;
- die Ermöglichung alternativer Haltebereiche (Kiss and Ride) in angemessener Sicherheitsdistanz zur Schule;
- die Anpassung der Geschwindigkeitsregulierung und ihre Überwachung;
- die Verbesserung der Bewerbung von alternativen Beförderungsoptionen wie Fuß, Rad und Bus an den Schulen, insbesondere für die Zielgruppe Eltern.

In einem ersten Schritt sind in diesem Prozess die Grundschulen einzubeziehen, danach sind die weiterführenden Schulen zu berücksichtigen. Vergleichbares gilt für die Verkehrssicherheit an und um Kindertagesstätten.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Erster Stadtrat Stoffers informierte, dass die Verwaltung beim Nds. Innenministerium einen Antrag auf Wohnsitzauflage gestellt habe. Diese so genannte lageangepasste Wohnsitzauflage sei vom Bundesgesetzgeber ermöglicht worden, um den Zuzug weiterer anerkannter Flüchtlinge in eine Kommune zu unterbinden, wenn dies aus Gründen der Integration notwendig erscheint. Es handele sich um eine außergewöhnliche Maßnahme mit dem Ziel, eine soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung der zugewanderten Flüchtlinge zu verhindern. Unabhängig von dieser lageangepassten Wohnsitzauflage sei die Stadt - mit weiteren Unterstützungen durch das Land - bestrebt, die Integration der schon in Wilhelmshaven wohnenden Flüchtlinge zu fördern.

8 Anträge

8.1 Antrag SPD-Fraktion: Überarbeitung Tourismuskonzept Wilhelmshaven 2022 **546/2017**

Der Antrag wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

9 Anfragen

9.1 Anfrage Ratsherr Lang (Freie Wähler) zum Thema Rathausplatzmarkt **544/2017**

Die Anfrage wurde von Herrn Lang zurückgezogen.

9.2 Anfrage Ratsherr Lang (Freie Wähler) zum Wilhelms Outlet Fördermittel **545/2017**

Herr Lang trug seine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung wie folgt vor:

„Nach Beantwortung der letzten Anfrage zum Thema Outlet Center (Wilhelms Outlet) am 16. August bei der letzten Ratssitzung, in der festgestellt wurde, dass die Rechnungen geprüft und der Abrissunternehmer die ihm zustehenden 450.000 Euro erhalten hat, bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Wann ist das Geld und in welcher Höhe dem Abrissunternehmer überwiesen worden?*
2. *Ist es richtig, dass die Abrisskosten aus Städtebaufördermitteln, in diesem Fall aus dem Topf „Westliche Südstadt" bezahlt wurden, der zu je einem Drittel aus Mitteln von Bund, Land und Stadt zusammensetzte?*
3. *Wenn ja, sind Auflagen mit der Zusage von Fördermitteln verbunden gewesen?*
4. *Wenn ja, welche?*
5. *Wenn nein, warum nicht?*
6. *Sind Fördermittel, die nicht zweckgebunden eingesetzt werden, an die öffentliche Hand zurück zu zahlen?"*

Herr Leinert beantwortete die Anfrage wie folgt:

Zu 1: Der Förderbetrag ist im August 2017 in voller Höhe an den Abbruchunternehmer im Rahmen einer Abtretung ausgezahlt worden.

Zu 2: trifft zu

Zu 3 und 4: Der Eigentümer hatte sich verpflichtet, den Abbruch bis spätestens zum Juli 2017 abzuschließen. Er hat sich ebenfalls verpflichtet, das Grundstück nach Abriss der Gebäude mit einem mehrgeschossigen Geschäftsneubau (FOC) zu bebauen. Würde der Eigentümer dieser Verpflichtung abschließend und nachweislich nicht nachkommen, kann die Stadt die sofortige Rückzahlung der

Sanierungsfördermittel verlangen. Dazu wäre der Ordnungsmaßnahmenvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

Anfang dieser Woche wurde durch den RA, der die KWO vertritt, ausdrücklich bekräftigt, dass das Projekt intensiv fortgeführt wird. Er habe in dem Gespräch bereits angekündigt, dass die Stadt zur Klärung der Einhaltung dieser Verpflichtung zu einer Anhörung zur Aufklärung des Projektsachstandes lade.

Darüber hinaus verpflichtete sich der Eigentümer, bei einer Veräußerung des Grundstückes die sich für ihn aus dem Ordnungsmaßnahmenvertrag ergebenen Verpflichtungen auf die Rechtsnachfolger zu übertragen, und zwar in der Weise, dass diese wiederum gehalten sind, ihre Rechtsnachfolger in gleicher Weise zu binden. Die Kontrolle darüber erfolgt im Rahmen der Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 2 BauGB über die Veräußerung von Grundstücken.

Zu 6:
Die ausgezahlten Fördermittel sind vertragsgemäß und zweckgebunden nur für Abbrucharbeiten eingesetzt worden.

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der **nichtöffentliche** Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Wagner Oberbürgermeister	Götz Protokollführerin